

Wehrfähige EU - 2%-Ziel als Mindestsatz für eine EU-kompatible Vollausrüstung der Bundeswehr

Beschlossen durch den Bundesvorstand von Volt Deutschland

Herausforderung / Problembeschreibung:

Als im Februar 2022 Russland die Ukraine überfiel, wurde offensichtlich, dass Deutschland seine Friedensdividende - also Mittel, die durch eine Kürzung des Verteidigungshaushalts für nicht verteidigungsbezogene Ausgaben nach Ende des Kalten Krieges verfügbar wurden¹ - restlos aufgebraucht hatte.

Die internationale Sicherheitsordnung, auf die wir uns bis dato verlassen haben und die durch die illegale Annexion der Krim 2014 bereits geschwächt war, liegt in Scherben.

Als Ergebnis auf die Annexion der Krim wurde im selben Jahr festgeschrieben, dass die Ausgaben für Verteidigung der NATO-Staaten darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von zwei Prozent des BIP zuzubewegen. Dabei sind mindestens 20 Prozent der Ausgaben in neues Großgerät, einschließlich der damit zusammenhängenden Forschung und Entwicklung, zu investieren.²

Die seither amtierenden Bundesregierungen haben sich bis Februar 2022 der Erfüllung dieses Ziels - dem sie selbst zugestimmt hatten - verweigert.³

Nach diesen langjährigen Versäumnissen wird mittlerweile versucht, durch ein Sondervermögen die Bundeswehr zu sanieren und das 2%-Ziel einzuhalten. Ab 2027 gilt das Sondervermögen laut Plan als aufgebraucht.⁴

¹ Begriffserklärung <https://www.merriam-webster.com/dictionary/peace%20dividend>

² Bundesministerium der Verteidigung zum NATO Gipfel 2014
<https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/die-nato-staerke-und-dialog/nato-gipfel-2014-erhoehte-einsatzbereitschaft>

³ Zeit NATO fordert 2 Prozent des BIP (07.07.2018)
<https://www.zeit.de/news/2018-07/07/merkel-steht-zu-deutlich-steigenden-verteidigungsausgaben-180707-99-51993>

⁴ Bundesregierung will 2%-Ziel übertreffen (28.02.2022)
<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/verteidigungspolitische-kehrtwende-bundesregierung-will-2-ziel-uebertreffen/>

Dennoch stellt sich heraus, dass dieses Ziel auf absehbare Zeit nicht erreicht wird und eine ernsthafte Selbstverpflichtung seitens der Regierung nicht erkennbar ist, angesichts der zögerlichen Freigabe des Sondervermögens und fehlender langfristiger Planung.⁵

Als Resultat auf die langjährige Unterfinanzierung der Bundeswehr hat die Rüstungsindustrie ihre Kapazitäten dem geringeren Bedarf angepasst und ist angesichts des Mangels verbindlicher Zusagen und Rahmenbedingungen zurückhaltend bei einem raschen Aufbau neuer Produktionskapazitäten.⁶

In diese Entwicklung spielen auch die ineffizienten Beschaffungsprozesse der Bundeswehr eine Rolle, welche zwar langsam verbessert werden, aber notwendige tiefgreifende Reformen sind weiterhin nicht erkennbar.⁷

Die Bundeswehr kann ihren Pflichten und die in über 30 Jahren gestiegenen Anforderungen - unter anderem durch internationale Einsätze und die Bündnisverteidigung - schon jetzt nicht mehr nachkommen. Auf absehbare Zeit ist sie für die volatile und immer unsichere Weltlage ungenügend vorbereitet.

Ziel:

Um der aktuellen Sicherheitslage gerecht zu werden, muss die Bundeswehr dazu befähigt werden, ihrer hoheitlichen Aufgabe der Landes- sowie der Bündnisverteidigung zusammen mit unseren Bündnispartnern wieder nachkommen zu können.

Sie muss bei internationalen Einsätzen der UN und der NATO ein verlässlicher Partner sein, der auch in größerem Umfang dauerhaft Verantwortung übernehmen. Dazu ist eine Vollausrüstung anzustreben, die nicht nur die aktive Truppe, sondern auch Material für die Reserve und Depots für Krisen umfasst.

Zudem eröffnet die Neuausstattung der Streitkräfte und Nachbestellungen von Material im Zuge der Unterstützung der Ukraine die einmalige Chance, die Beschaffung europaweit zu koordinieren und die Zahl unterschiedlicher Systeme auf dem Kontinent zu reduzieren. Daraus ergibt sich ein beträchtliches Potenzial für Einsparungen, und es ist insbesondere auch ein kritischer Schritt, um die Kompatibilität zwischen den europäischen Streitkräften herzustellen und einen Prozess der engeren Kooperation anzustoßen.

Nur gemeinsam ist es noch möglich, Sicherheit in Europa gegenüber feindselig auftretenden Ländern wie Russland zu gewährleisten

Dabei gilt es in Hinblick auf die Unsicherheiten, verbunden mit den USA, die insbesondere während der Präsidentschaft Trump deutlich sichtbar wurden, die europäische Autonomie

⁵Deutschland verfehlt Zweiprozentziel bei Verteidigungsausgaben (15.08.2022)

<https://www.zeit.de/politik/2022-08/bundeswehr-sondervermoegen-nato-zwei-prozent-ziel-verteidigungsausgaben>

⁶Ausweitung der Produktion (17.02.2023)

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/panzerbauer-kraus-maffei-wegemann-wartet-auf-signal-aus-berlin-a-89e5066d-c590-468b-95df-76098a484dc1>

⁷Wie die Beschaffung schneller werden soll (07.07.2022)

<https://www.tagesschau.de/inland/bundeswehr-beschaffung-103.html>

zu stärken und schrittweise auf eine gemeinsame Außenpolitik und eine europäische Armee hinzuarbeiten.

Maßnahmen:

Volt setzt sich für die Einhaltung des Beschlusses der NATO von 2014 mit dem Ziel der Erneuerung und Modernisierung der Bundeswehr ein. Das 2%-Ziel der NATO ist als Mindestsatz für den Verteidigungshaushalt und nicht lediglich als Richtsatz anzusehen.

Neue Ausrüstung soll hierbei nach Möglichkeit innerhalb der EU-Strukturen (PESCO) beschafft, respektive entwickelt werden.

Damit einhergehend müssen die Beschaffungsprozesse reformiert und verbessert werden mit dem Ziel höherer Effizienz und dem Vermeiden von Verschwendung.